

Für den Unterricht – Unterrichtsbeispiel

Gerhard Tanzer

Der NichtwählerInnenwille

Bezug zum In-formationsteil Peter Filzmaier: Ein unaufhaltsamer Sinkflug? Wahlbeteiligung in Österreich und anderswo
Barbara Steininger: Der Souverän und die Volksvertretung

Lehrplanbezug AHS-Lehrplan „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“
Bildungs- und Lehraufgabe: Es soll Interesse an Politik und politischer Beteiligung geweckt und die Identifikation mit grundlegenden Werten der Demokratie, der Menschenrechte und des Rechtsstaates sichergestellt werden.
7. Kl.: Politisches Alltagsverständnis – die verschiedenen Dimensionen und Ebenen von Politik, Formen und Grundwerte der Demokratie und der Menschenrechte, Motivationen und Möglichkeiten politischer Beteiligungs-, Entscheidungs- und Konfliktlösungsprozesse

- Lernziele**
- ▶ Die SchülerInnen sollen das Phänomen der zurückgehenden Wahlbeteiligung anhand von Tabellen beschreiben und mögliche Ursachen nennen können.
 - ▶ Sie sollen Motive von NichtwählerInnen kennenlernen und Erklärungsversuche vornehmen können.
 - ▶ Sie sollen zu einem eigenen Urteil gelangen, ob und wie sehr die Nichtbeteiligung an Wahlen dem demokratischen System schadet.

- Zentrale Fragestellungen**
- ▶ Wie viele NichtwählerInnen gibt es? Ist ein Trend ablesbar?
 - ▶ Gibt es in Österreich Besonderheiten im Vergleich zu anderen europäischen Ländern?
 - ▶ Was könnte dazu veranlassen, nicht vom Wahlrecht Gebrauch zu machen?
 - ▶ Wie sind die Motive der NichtwählerInnen zu bewerten? Was kann man ihnen jeweils entgegenhalten?
 - ▶ Schadet Nichtwählen der Demokratie?
 - ▶ Könnte/sollte man durch eine Änderung des Wahlrechts bzw. des Wahlmodus die Wahlbeteiligung erhöhen?

Methodisch-didaktische Vorbemerkungen

Nach jeder Wahl wird mit Bangen auf die Anzahl der NichtwählerInnen geblickt: Sind sie wieder mehr geworden? Ist unsere Demokratie in Gefahr, wenn das so weitergeht? Und nach den Schrecksekunden: Was können wir tun, um das nächste Mal wieder mehr WählerInnen zu mobilisieren? Auch wenn man sich da gelassen zurücklehnt und die sinkende Wahlbeteiligung nicht als alarmierendes Krisenzeichen, sondern als einen Weg zu „normalen“ Verhältnissen in einer funktionierenden Demokratie sieht¹: Einigkeit herrscht darüber, dass die „Politikverdrossenheit“ bzw. „Politikerverdrossenheit“ über kurz oder lang dem Parlamentarismus schadet.² Dadurch ist auch Politische Bildung gefordert, sich mit dem Problem auseinanderzusetzen.

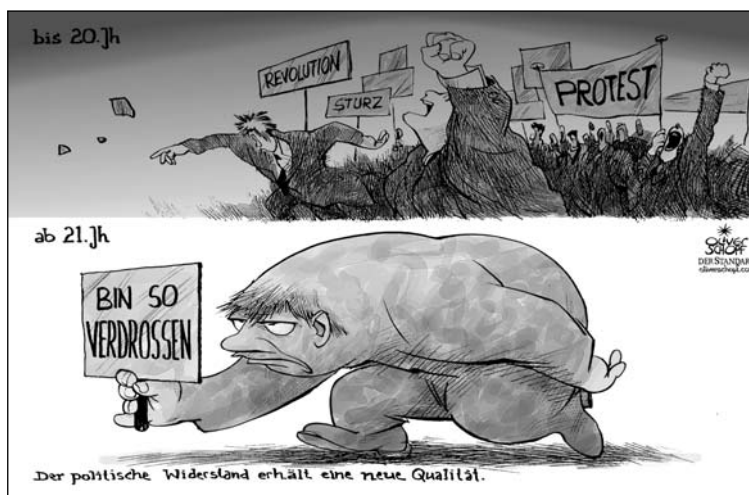
Politische Bildung soll einerseits ein Bewusstsein dafür schaffen, dass Demokratie als Form nur dann sinnvoll ist, „wenn aktiver Gebrauch von bestimmten politischen Freiheitsrechten gemacht wird“³, und das bedeutet auch: wenn es verantwortungsvolle WählerInnen gibt. Daher ist es auch notwendig, sich im Klassenverband ernsthaft mit Sympathien fürs Nichtwählen-Wollen auseinanderzusetzen. Allerdings ist eine solche Position der Reflexion zugänglich zu machen, die SchülerInnen sollen Gründe und Gegengründe finden, sodass sie am Ende der Lerneinheit zu einem bewussteren Urteil und dann auch Verhalten gelangen können.

EINSTIEGSMÖGLICHKEITEN

E₁

Einzelarbeit

Die Karikatur von Oliver Schopf soll einen Einstieg ins Thema bieten; ihr liegt bereits eine These zur Wahlmüdigkeit der Bevölkerung zugrunde, nämlich eine Motivverschiebung vom aktiven Protest zur Resignation. Möglicherweise gewinnt das Thema an Relevanz, wenn man die SchülerInnen zuvor mit Äußerungen „in ihrer Sprache“ konfrontiert und die Karikatur als eine der Antworten darauf präsentiert. Solche Äußerungen finden sich speziell vor Wahlen zuhauf. Welche man der Klasse zumutet, hängt von ihrer Zusammensetzung ab. Eine Stellungnahme der heftigeren Art ist zum Beispiel: „Gehe ich zur Wahl, so habe ich nur die Auswahl zwischen Absahnern, Dummschwätzern und Apparatschiks. Gehe ich nicht zur Wahl, so entscheiden einige wenige darüber, wer absahnen, dummschwätzen usw. darf.“⁴ Wer solche Statements als Einstieg verwendet, sollte allerdings darauf achten, dass das Ziel der Lerneinheit nicht aus den Augen verloren wird und in eine Debatte über die Moral der PolitikerInnen abgeleitet.



© Oliver Schopf, Der Standard
Quelle: Der Standard, 26./27. Juni 2004

- 1) Was ist das Thema dieser Karikatur?
- 2) Welche Entwicklung wird behauptet? Formulieren Sie für diese Botschaft eine These.
- 3) Kommt in der Karikatur eine Wertung zum Ausdruck?

ARBEITSAUFGABEN

A₁

Einzelarbeit

Unterrichtsgespräch

Zunächst stellt sich allerdings die Frage nach der Quantität des Problems, diese können die SchülerInnen mit Hilfe des Moduls M₁ „Wahlbeteiligung bei den Nationalratswahlen 1945–2006“ beantworten sowie mit den Tabellen „Wahlbeteiligungsraten in Österreich 2003 bis 2006 im Vergleich“ und „Parlamentswahlen in EU-Europa und den USA 2006“ im Artikel von Peter Filzmaier (siehe S. 46 und 47 idB). Methodisch eignet sich dafür am besten ein Unterrichtsgespräch, da die Interpretation der Zahlen wohl nicht ohne die Hilfe des Lehrers oder der Lehrerin möglich sein wird. Das Ergebnis wird dem Trend die Dramatik nehmen, weil es eine stark differenzierte Interpretation nahelegt, und führt zur Frage nach den tiefer liegenden Ursachen der Wahlabstinenz.

- A₂**
Gruppenarbeit
 Bekanntermaßen deklarieren sich NichtwählerInnen nur selten, es ist daher nicht zielführend, SchülerInnen in Gruppen ausschwärmen zu lassen, um von PassantInnen in der Umgebung der Schule ihre Meinung zum Wählen einzuholen. Hilfreich kann hingegen eine Website sein, die anlässlich der deutschen Bundestagswahl 2005 von dem unabhängigen Netzwerk „politik-digital.de“ eingerichtet wurde und noch immer online ist: Auf www.ich-gehe-nicht-hin.de konnten NichtwählerInnen ihre Motive artikulieren. Diese Statements (in M₂ angeführt) lassen die SchülerInnen einige ausschlaggebende Faktoren herausfinden, die Klaus Poier in seiner Studie über das Nichtwählen anführt: den Wohlstand, das Versagen der PolitikerInnen, das Wahlvolk selbst (Nachlassen des Gefühls, Verantwortung zu tragen)⁵.
 Es ergeben sich aber auch weitere Gesichtspunkte wie die Form der →repräsentativen Demokratie, die manche denken lässt, als Einzelne/r ohnehin nichts bewirken zu können, oder, im Gegenteil, in der sich manche überfordert fühlen, eine Entscheidung zu treffen. Lediglich die Medien müssten in diesem Zusammenhang eigens thematisiert werden, wenn die SchülerInnen nicht von alleine darauf stoßen.
- Folie erarbeiten**
 Erstellen Sie (günstig: in Gruppen) eine Folie, indem Sie die einzelnen Aussagen von M₂ mit Schlagwörtern versehen, geben Sie eine kurze Erklärung dazu (Welcher „Wille“ steckt dahinter? Welches Handlungsziel?) und bereiten Sie sich auf eine Präsentation des Ergebnisses vor.
- A₃**
**Präsentation
 Diskussion**
 Eine Gruppe präsentiert ihre in A₂ erstellte Folie vor der Klasse, die anderen Gruppen ergänzen/verbessern. Nun folgt eine Diskussion über die Berechtigung der Motive. Zur Fixierung der Diskussionsergebnisse arbeiten alle SchülerInnen M₂ nochmals durch, indem sie zu jedem Motiv eine wertende Stellungnahme abgeben. Eine Alternative wäre, die Gruppen arbeitsteilig Antworten ausformulieren zu lassen, allerdings besteht dann die Gefahr, dass eine Einheitlichkeit der Bewertung vorgetäuscht wird, die die persönlichen unterschiedlichen Ansichten zum Thema einebnet/verwischt. Bezüglich des Motivs der Überforderung können die LehrerInnen auf www.wahlkabine.at oder www.politikkabine.at verweisen.
- A₄**
Gruppenarbeit
 Im nächsten Abschnitt untersuchen die SchülerInnen Möglichkeiten, das Wahlsystem zu modifizieren (diese Aufgabe setzt natürlich Wissen über das bestehende Wahlsystem voraus. Siehe dazu Artikel Barbara Steininger idB und Heft „Von Wahl zu Wahl“. Informationen zur Politischen Bildung 21. Wien–Innsbruck–Bozen 2004). Derzeit aktuell: E-Voting. Auf der Grundlage von M₃, M₄ und M₅ werden Chancen und Risiken thematisiert und als Plus-Minus-Liste an der Tafel festgehalten. Mit einer Abstimmung am Schluss kann man ein Meinungsbild erheben.
- A₅**
**Kampagnenarbeit
 mit Plakaten**
 Nun folgt der abschließende kreative Teil der Unterrichtseinheit: Die SchülerInnen sollen eine Kampagne starten, die mittels Plakaten die BürgerInnen aufruft, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Ich habe das einmal in einem Projekt versucht, bei dem die SchülerInnen mittels Plakaten in mehreren Bezirken Wiens dafür warben und PassantInnen mit Argumenten zu überzeugen versuchten.⁶ Die Erstellung der Plakate wurde vom Grafiker Peter Frank (vermittelt über KulturKontakt Austria) betreut – mit Erfolg, wie die Abbildungen bei M₆ zeigen.

M₁ Wahlbeteiligung bei den Nationalratswahlen 1945–2006

Jahr	Beteiligung in Prozent	Jahr	Beteiligung in Prozent
1945	94,3	1979	92,2
1949	96,8	1983	92,6
1953	95,8	1986	90,5
1956	96,0	1990	86,1
1959	94,2	1994	81,9
1962	93,8	1995	86,0
1966	93,8	1999	80,4
1970	91,8	2002	84,3
1971	92,4	2006	78,5
1975	92,9		

Quelle: Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007. Wien 2007, S. 484 via
http://www.statistik.at/web_de/wcmsprod/groups/zd/documents/webobj/023890.pdf#pagemode=bookmarks
 (letzter Zugriff am 20.06.07)

M₂ „Ich gehe nicht hin“

Anlässlich der deutschen Bundestagswahl 2005 konnten NichtwählerInnen auf der Website www.ich-gehe-nicht-hin.de ihre Motive artikulieren. Im Folgenden ein kleiner Ausschnitt aus den zahlreichen Beiträgen:

- *Ich wähle nicht, weil ich den Politikern nichts mehr glauben kann. Vor der Wahl wird alles versprochen und hinterher kann keiner, mit immer neuen Begründungen, die Versprechen halten. Die Politiker lassen sich von der Großindustrie zu deren Nutzen leiten, kürzen dem Bürger sein schwer verdientes Geld, um es der Industrie und deren Managern in den Rachen zu werfen. Die Politiker von ganz Europa sind nicht fähig, dem Bürger Hoffnung zu geben. Ich werde wahrscheinlich zur Wahl gehen, aber den Wahlzettel ungültig abgeben.*
- *Ich wähle nicht, weil ich überhaupt keinen Schimmer von Politik habe. Und nur weil mir ein Gesicht besser gefällt als das andere, sehe ich das nicht als Grund genug an, um wählen zu gehen.*
- *Wählen? Parteien? Abgeordnete? Was interessiert mich Politik! Mir geht's doch gut.*
- *Wenn das System eines Tages ehrlich genug ist, dass ich meine Stimme für Pharmaindustrie, Autohersteller und Energiewirtschaft geben kann, mache ich mein Kreuzchen. Die Parteien selbst sind nichts weiter als deren Marionetten, die zu funktionieren haben.*
- *Ich wähle nicht, weil ich nicht informiert bin, nicht die Werkzeuge besitze wie ein Akademiker (wie suche ich Infos, was muss ich wissen), mir Infos zusammensuchen, und somit nicht zu einer Entscheidungsfindung gelangen kann, ohne mich mit den Parteien auseinanderzusetzen! Bei diesem Hintergrund kann ich nicht ernsthaft eine Stimme abgeben. /.../*
- *Ich wähle nicht, weil ich nicht mit meiner Stimme für die finanzielle Absicherung einer gewissen Klasse von Abzockern sorgen möchte. Erst wenn diese Leute gelernt haben, dass „Allgemeinwohl“ wichtiger ist als „mein Wohl“, könnte ich wieder an die Wahlurne gehen. Ansonsten scheint es mir sowieso keine wählbare Alternative zu geben. /.../ Die Leidtragenden sind ja doch nur wir „Kleinen“. So oder so.*
- *Ich wähle nicht, weil die mathematische Wahrscheinlichkeit, dass meine Stimme etwas ändert, geringer ist als die Wahrscheinlichkeit eines Lottogewinns.*

Quelle: <http://www.taz.de/dx/2005/07/26/a0110.1/text> (abgerufen am 2.6.07)

M₃ E-Voting

Große Hoffnungen wurden mancherorts auch auf das „E-Voting“, also auf die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe, gesetzt. Die bisherigen – natürlich nur punktuellen – Erfahrungen mit dem E-Voting verliefen allerdings eher ernüchternd. So z.B. sind, wie aus einem Bericht der Electoral Reform Society hervorgeht, die bei den englischen Lokalwahlen 2003 durchgeführten E-Voting-Trials nicht erfolgreich verlaufen. Als E-Voting-Methoden wurden Stimmabgaben per Internet, per Telefon, Rückkanal-TV und per SMS erprobt. Insgesamt beteiligten sich 59 Gemeinden mit immerhin 6,5 Mio. Einwohnern an dem Experiment, darunter 32 Gemeinden mit Briefwahl und 17 mit E-Voting als Zusatzangebot zur herkömmlichen Stimmabgabe. Nur in einer der E-Voting-Gemeinden stieg die Wahlbeteiligung, in Summe ergab sich jedoch ein leichter Rückgang um 1,5 Prozent, während sie in den ausschließlich herkömmlich abstimmenden Gemeinden zumindest gleich (niedrig) blieb. Nüchternes Fazit: E-Voting erhöht den Komfort, nicht aber die Zahl derer, die es der Mühe wert finden, zu wählen. Der Versuch der Regierung, durch elektronische Stimmabgaben von zu Hause die Wahlbeteiligung zu erhöhen, ist damit vorerst gescheitert. Eine Zunahme konnte hingegen in den Briefwahlgemeinden registriert werden. Dort erreichte die Wahlbeteiligung rund 50 Prozent, gemessen an kontinentaleuropäischen Standards immer noch keine besonders hohe Teilnahme, aber eine deutliche Zunahme.

Quelle: Bauer, Werner: Wenn die Wähler weniger werden. Überlegungen zum Problem der sinkenden Wahlbeteiligung. Wien 2004, S. 15

M₄ Weltpremiere: Estland wählt per Internet

Estland ermöglicht als erstes Land der Welt, dass Staatsbürger in einer nationalen Parlamentswahl auch online abstimmen dürfen. Während die Wahl mittels klassischer Stimmabgabe erst am 4. März stattfindet, sind die Esten bereits von 26. bis 28. Februar eingeladen, ihre Stimme per Internet abzugeben. Durchgeführt wird das elektronische Voting mittels Bürger-ID-Karte sowie einem Kartenlesegerät, das an den eigenen Computer angeschlossen werden muss. Zusätzlich abgesichert wird das System über eine zweifache Passwort-Eingabe. /.../ Es wird geschätzt, dass rund 20.000 bis 40.000 der knapp 940.000 Wahlberechtigten von ihrem Recht Gebrauch machen werden, online zur Wahlurne zu surfen. „Man muss sich im Klaren sein, dass E-Voting derzeit noch ein Randgruppen-Programm ist, das für gewisse Bevölkerungsgruppen jedoch von großem Wert ist“, meint Krimmer. So könne E-Voting die Stimmabgabe für mobile Staatsbürger, die sich im Ausland befinden, oder aber auch für Menschen mit Behinderungen entscheidend erleichtern, ist Krimmer überzeugt.

Quelle: Die Presse, 26. Februar 2007 unter:
<http://www.diepresse.com:80/home/techscience/internet/113383/index.do>, Zugriff 20.06.2007, vom Autor gekürzt.

M₅ E-Voting: Erhöhung der Wahlbeteiligung per Mausclick?

Kasten von Peter Filzmaier idB S. 51

M₆ Gib deiner Meinung Farbe!


Onlinequelle: www.demokratiezentrum.org → Themen → Demokratiedebatten
 © SchülerInnen des Schulzentrums Ungargasse in Wien/Gerhard Tanzer, 2006.

Die Wahlplakate sind im Rahmen eines Schulprojekts von SchülerInnen des Schulzentrums Ungargasse in Wien entworfen worden. Eine Auswahl sowie die oben abgebildeten Plakate sind auf www.demokratiezentrum.org zugänglich. Das Projekt wurde von einer Aktion der Initiative österreichischer Werbeagenturen und Medien zur Steigerung der Wahlbeteiligung (1993–1994) inspiriert. (siehe Webtipp unten)

Gerhard Tanzer, Mag. Dr.

Studium der Geschichte und Deutschen Philologie, Lehrer am Schulzentrum Ungargasse. Publikationen: „Spectacle müssen seyn. Die Freizeit der Wiener im 18. Jahrhundert“, Zeitschriftenbeiträge zu historischen und pädagogischen Themen.

- 1 In einem Aufsatzband 1992 veröffentlichte gegensätzliche Positionen von Dieter Roth und Ursula Feist referiert Werner T. Bauer: Wenn die Wähler weniger werden. Überlegungen zum Problem der sinkenden Wahlbeteiligung. Wien 2004, S. 5 (<http://www.politikberatung.or.at/wwwa/documents/wahlbeteiligung.pdf>). Ausschnitte aus diesen beiden Arbeiten, für SchülerInnen aufbereitet, findet man im Netz unter http://www.bpb.de/popup/popup_grafstat.html?url_guid=YGCE87
- 2 siehe: Bauer, Wenn die Wähler, S. 11
- 3 Vgl. BMBWK: Demokratie-Lernen in Europa. Wien 2005, S. 11. Diesen Bericht über das Projekt „Education for Democratic Citizenship“ findet man auch unter www.coe.int/edc > Ressources > Documents and publications > Documents ordered by language
- 4 Forums-Beitrag auf www.orf.at, Nachrichten, 12. September 2004.
- 5 Vgl. Poier, Klaus: Nichtwählerstudie. Demokratiepolitische Aspekte, Ausmaß und Ursachen des Nichtwählens sowie mögliche Gegenstrategien mit besonderem Schwerpunkt auf Österreich und die Steiermark. Forschungsbericht des Instituts für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft der Universität Graz, Juni 2004.
- 6 Siehe dazu Artikel von Barbara Steininger idB sowie Forum Politische Bildung (Hrsg.): Von Wahl zu Wahl. Innsbruck–Wien (u.a.) 2004, 104 Seiten (Heft 21 der Informationen zur Politischen Bildung)


WEBTIPP

www.demokratiezentrum.org

- ▶ Plakatentwürfe der Initiative österreichischer Werbeagenturen und Medien zur Steigerung der Wahlbeteiligung in der Wissenstation „Alle Macht geht vom Volk aus“
 Pfadangabe: www.demokratiezentrum.org → Wissen → Wissensstationen → Alle Macht geht vom Volk aus → Gallery